

Ja zur Integration - Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft

Stefanie Vogelsang zu Gast beim Türkischen Bund

Gelegenheit zur politischen Stellungnahme und Abgrenzung bot der Türkische Bund am 18. September 2009. Kandidaten der fünf großen Parteien diskutierten vor über 200 Zuschauern insbesondere über den EU-Beitritt der Türkei, die Integrationspolitik und die doppelte Staatsbürgerschaft. Neben der Neuköllner CDU-Bundestagskandidatin Stefanie Vogelsang nahmen Klaus Uwe Benneter (SPD), Lars Lindemann (FDP), Renate Künast (Grüne) und Stefan Liebig (Linke) an der Diskussionsrunde teil.

„Die Türkei ist der wichtigste islamische Partner des Westens in der Welt. Der beste Weg dies zu würdigen ist aber nicht der EU-Beitritt, sondern eine privilegierte Partnerschaft“, so die Neuköllner CDU-Bundestagskandidatin Stefanie Vogelsang auf die Eingangsfrage beim Türkischen Bund. Anders als die anderen vier großen Parteien in Deutschland lehnt die Union einen Beitritt der Türkei in die EU ab. „Die Türkei ist der Mittler zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Eine sehr wichtige Rolle, die die Türkei nicht mehr wahrnehmen könnte, wenn sie der EU beitreten würde“, begründete Vogelsang die Position ihrer Partei.

Auch in der Frage zur doppelten Staatsbürgerschaft zeigten sich schnell die Unterschiede zwischen der Union und den übrigen Parteien. „Die CDU lehnt eine doppelte Staatsbürgerschaft weiterhin ab“, bekräftigte die Bundestagskandidatin. „Wir freuen uns aber über jeden Menschen, der sich mit unserem Land identifiziert und die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen will.“ Die Vertreter der anderen Parteien befürworteten dagegen einhellig die doppelte Staatsbürgerschaft.

Wahlrecht soll bei deutschen Staatsbürgern bleiben

Zum Vorschlag der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer erklärte Vogelsang: „Das Wahlrecht, egal auf welcher politischen Ebene, sollte das Recht jener bleiben, die sich mit diesem Land identifizieren und lange bleiben wollen. Wer ebenfalls wählen möchte, den ruft die CDU dazu auf, sich einbürgern zu lassen. Zu dieser Position stehe ich auch.“ Die anderen Parteien waren sich dagegen einig, dass ein solches erweitertes Wahlrecht wünschenswert wäre.

Konsens herrschte bei der Frage um die Wichtigkeit der Integration. „Deutschland ist ein Integrationsland. Der deutschen Sprache kommt bei der Integration eine Schlüsselrolle zu. Nur wer die Sprache eines Landes beherrscht, kann wirklich Teil der Gesellschaft sein und an ihr partizipieren“, erklärte Vogelsang. „Dazu brauchen wir mehr Investitionen im Bildungsbereich, insbesondere mehr Lehrer und kleinere Schulklassen.“ Ziel der CDU sei es, dass alle Kinder vom ersten Schultag an Deutsch sprechen könnten.